

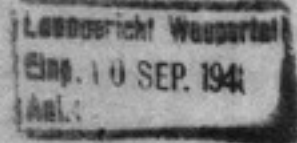
114
9. September 1949

Sch/No

An das

Landgericht,
Schwurgericht,

Wuppertal.



In der Strafsache

gegen

B a c k e r u.A.

Aktenz.: Kls 1/48 (15/V).

Eingegangen am 10. September 1949

St. Hofungsbeamter der Staatsanwaltschaft

W. H. H. / J. H. H.

begründe ich für den Angeklagten Ludwig W e i d m a n n
die von diesem eingelegte Revision wie folgt:

Ich beantrage,

das angefochtene Urteil dahingehend abzuändern, dass die dem Angeklagten Ludwig Weidmann erwachsenen notwendigen Auslagen, einschließlich der Kosten der Verteidigung, der Staatskasse auferlegt werden. Hilfweise bitte ich, die Sache unter teilweiser Aufhebung des angefochtenen Urteils an das Schwurgericht in Wuppertal zurückzuverweisen.

Weiterhin hilfweise beantrage ich,

das angefochtene Urteil dahingehend abzuändern, dass die dem Angeklagten Ludwig Weidmann erwachsenen notwendigen Auslagen, einschließlich der Kosten der Verteidigung, der Staatskasse in dem Umfange auferlegt werden, in welchem sie auch bei der Beordnung eines Pflichtverteidigers entstanden wären.

Es wird die Verletzung formellen und materiellen Rechts gerügt.

I. Formelle Rügen.

1. § 467, Abs. 2 der StPO. ist verletzt.

Das Gericht hat sein Ermessen nach rechtsirrtümlichen Erwägungen ausgeübt und hierdurch zu unrecht den Antrag auf Erstattung der Kosten abgelehnt.

Im einzelnen sei hierzu ausgeführt:

- a) Das Gericht fällt seine Entscheidung nur unter Berücksichtigung der Erwägung, dass bei dem Umfange des Prozesses eine weitere nachträgliche Belastung der Staatskasse nicht angemessen erschiene.

Dies ist rechtsirrig. Die Zubilligung der Kosten gemäß § 467, Abs. 2 führt stets zu einer Belastung der Staatskasse. Es ist völlig unerheblich, ob diese Belastung hinsichtlich irgendeines Angeklagten in einem gesonderten Prozeß auftritt oder ob sie in einem Prozeß erwächst, an dem mehrere Angeklagten beteiligt sind und dessen Umfang grösser ist. Wenn die Kosten des Prozesses, welche sich nicht auf den Angeklagten Weidmann beziehen, recht erheblich sind, kann dies den Angeklagten Weidmann nicht belasten. Das Gericht hätte weiterhin berücksichtigen müssen, dass die Belastung des Angeklagten Weidmann auch nur dadurch entstanden ist, dass zwei verschiedene Tatsachenkomplexe vom Gericht zur Verhandlung zusammengezogen worden sind. Das Urteil verhält sich über die Vorgänge in Hilden und über die Vorgänge auf der Coburg. Die Vorgänge in Hilden sind von denjenigen der Coburg hinsichtlich des Angeklagten Weidmann völlig getrennt.

Das Gericht hätte zur Ersparnis von Kosten für die Staatskasse diesen Vorgang abtrennen können. Hielt das Gericht aber die umfangreiche Verhandlung und Beweisaufnahme in ununterbrochener Anwesenheit der Angeklagten und der Verteidiger auch hinsichtlich der Punkte für wesentlich, bei denen sie nicht beteiligt waren, so muss das Gericht logischerweise die Folgerung ziehen, auch die hierdurch den Angeklagten ohne Verschulden erwachsenen Auslagen zu ersetzen.

Der Rechtsirrtum des ersten Urteils liegt insbesondere darin, dass der Angeklagte in einem grossen Prozeß ungünstiger gestellt wird, als in einem weniger umfangreichen. In beiden Fällen hat jedoch der Angeklagte die gleichen Rechte.

- b) Das Gericht hält die Möglichkeit für gegeben, den in diesen Sachen bereits bestellten Verteidigern weitere Verteidigungsaufträge zuzuweisen. Hierbei verkennt das angefochtene Urteil, dass wegen Interessenkollision die Zuweisung weiterer Verteidigungsaufträge an bestellte Pflichtverteidiger nicht möglich war. Die Angeklagten hatten dies selbstverständlich mit ihren Verteidigern besprochen.

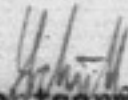
Diese tatsächlichen Feststellungen hätte das Urteil aber treffen müssen, um zu ermitteln, ob tatsächlich die vom angefochtenen Urteil angenommene Möglichkeit bestanden hat. Wenn das angefochtene Urteil nicht die Prüfung enthält, ob keine Interessenkollision bestand und ob weiterhin angesichts des Umfangs des Prozesses die Belastung mit einer weiteren Verteidigung für den Verteidiger tragbar gewesen wäre, kann es nicht mit der Begründung des Urteils den Antrag ablehnen.

- c) Das angefochtene Urteil berücksichtigt weiterhin nicht die Tatsache, dass der Angeklagte Weidmann bereits vor der Verbindung des Düsseldorfer Verfahrens seinen Verteidiger gewählt hatte. Es war dem mit dem anderen, nämlich dem Wuppertaler Fragenkomplex betrauten Verteidiger nicht zuzumuten, die Verteidigung Weidmanns noch zusätzlich zu übernehmen.
- d) Die Erwägungen des angefochtenen Urteils lassen ausser Betracht, dass den Angeklagten auch ausser den Kosten der Verteidigung noch notwendige Auslagen für Reisen entstanden sind. Das Gericht verschweigt, warum diese dem Angeklagten nicht wenigstens zugebilligt werden könnten. Da das Gericht im übrigen die Ablehnung der Anträge begründet, ist daraus, dass diese Frage übergangen wird, zu entnehmen, dass das Gericht die Frage der ausserhalb der Verteidigung entstandenen Unkosten nicht gewürdigt hat. Auch dieser Rechtsfehler muss zur Aufhebung führen.
- e) Die Erwägungen, dass anderen Verteidigern weitere Ver-

teidigungsaufträge zugewiesen worden wären, ist gleichfalls rechtsirrig. Das Gericht hätte klären müssen, bei welchen Verteidigern dies möglich gewesen wäre und wäre dann möglicherweise zu dem Ergebnis gekommen, dass dem Verteidiger Weidmanns weitere Aufträge zugewiesen worden wären, oder dass dieser Verteidiger der einzige Verteidiger gewesen wäre, der z.B. noch mit der Verteidigung des Böckling hätte beauftragt werden können. Dadurch, daß die Anträge hinsichtlich mehrerer Angeklagter zugleich mit gleichen Gründen abgelehnt wurden, ist ^{nicht} ersichtlich, ob hinsichtlich aller Angeklagter die gleichen Voraussetzungen maßgeblich waren.

2. Es wird die Verletzung des § 245 StPO gerügt. Das Gericht hat nicht ermittelt, ob Weidmann bereits im Vorverfahren einen Verteidiger gewählt hatte, ob ihm ein Wechsel der Verteidiger zuzumuten war, ob einem Verteidiger, der bereits in der Angelegenheit tätig war, die Verteidigung Weidmanns ohne Pflichtenkollision möglich gewesen wäre.

- II. Im übrigen wolle das Gericht die Anwendung sachlichen Rechts nachprüfen.
- III. Kann das Revisionsgericht dem Hauptantrag nicht entsprechen, wären die tatsächlichen Feststellungen des angefochtenen Urteils zu ergänzen. Es bedürfte insoweit einer erneuten Verhandlung, um die zur Rüge des § 245 als fehlend angeführten Tatsachen noch zu ermitteln. Es wird daher hilfsweise die Zurückweisung beantragt.


Rechtsanwalt.